

Rede
auf dem 53. Ord. Bundesparteitag in Mannheim
zur Einbringung des Bundestagswahlprogramms der FDP
„Bürgerprogramm 2002“

Verehrte Kollegen, liebe Parteifreunde und –freundinnen!

Wir haben es geschafft !

Auf dem Weg zur 18 sind wir ein großes Stück vorangekommen. Im letzten Jahr haben wir alle Kommunalwahlen und Landtagswahlen erfolgreich bestanden. 5000 kommunale Mandatsträger bundesweit sind mehr als eine solide Basis für liberale Politik.

In Berlin haben wir die Hälfte des Weges zur 18 geschafft, in Sachsen-Anhalt bereits zwei Drittel des Weges.

13,3% sind das beste Ergebnis, das die FDP seit der Deutschen Einheit hatte, eine Super-Vorlage für die Bundestagswahlen, nur noch 4,7% bis zur 18 !

Seit dem 21.4. ist klar :

Wir haben das beste Ergebnis im Osten geholt, wir sind und bleiben

eine gesamtdeutsche Partei ! Das wollen und werden wir am 22.9. bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern mit Hans Kreher wieder unter Beweis stellen !

Aber auch bei der Bundestagswahl: Wir sind auf dem Weg zu 18 ! Die Regionalpartei Ost heißt PDS, die Regionalpartei West heißt Bündnis 90/Grüne, die Regionalpartei Bayern heißt CSU !

Wir kämpfen in der ersten Liga mit den Volksparteien CDU und SPD, in gleicher Augenhöhe.

Wir haben mit Sachsen-Anhalt den Beweis angetreten: Wir sind eine Partei für das ganze Volk !

10,6 % der Wähler in Sachsen-Anhalt waren Arbeiter, zweifellos ist auch die Zahl der Arbeitslosen, die uns gewählt haben.

Fast die Hälfte der Wählerinnen und Wähler sind Frauen .

Bei den Jung- und Erstwählern bis 30 Jahre ist die FDP die zweitstärkste Partei geworden !

Der Beweis ist erbracht, wir sind eine Partei, die wählbar ist für das ganze Volk !

Hans-Dietrich Genscher meinte dazu, ich hätte ihm nachträglich sein schönstes Geburtstagsgeschenk gemacht.

Er hat es verdient, gerade auch weil Sachsen-Anhalt seine Heimat ist.

Das Ergebnis ist dank einer großen Geschlossenheit der Partei zustande gekommen, viele haben geholfen.

Als erstes danke ich den Sachsen-Anhaltern, die den Regierungswechsel ermöglicht haben, meiner eigenen Mannschaft, aber vor allem auch den nordrheinwestfälischen Parteifreunden.

Diese Partnerschaft hat sich bewährt, nicht nur für das tolle Wahlergebnis, sondern auch rein menschlich. Es sind neue Freundschaften und Verbindungen zwischen Düsseldorfern und Magdeburgern u.v.a.m. geknüpft worden !

Vielen Dank Ihnen allen !

Selbst Bayern ist durch Sachsen-Anhalt wieder im Landtag vertreten. Zwei von 17 Abgeordneten der FDP-Fraktion im Landtag sind gebürtige Bayern !

Das erste Mal zieht der Osten in den Umfragen mit dem Westen gleich auf: 12% wenn Bundestagswahlen wären in Ost und West (Forsa).

Der Tag der Sachsen-Anhalt Wahl war auch der Tag für den Beginn des Bundestagswahlkampfes. Der Umgangston der politischen Gegner mit uns ist schärfer geworden. Nach dem Frühlingserwachen für die FDP kommt die Sommerhitze und dann die Herbststürme.

Die werden wir überstehen, stehen wir geschlossen zueinander und beschäftigen wir uns mit unserem politischen Gegner und wenig mit uns selbst !

Sachsen-Anhalt hat gezeigt, eine klare Personalisierung eine pfiffige Werbekampagne und ein Programm in klarer Sprache zahlen sich aus.

Darauf wird es auch beim bevorstehenden Bundestagswahlkampf ankommen. Das Bürgerprogramm der FDP bietet die klarste Alternative zu anderen Parteien.

Wir wenden uns an alle , die mehr Freiheit und weniger staatliche Bevormundung wollen. Die auf mehr Dynamik, mehr Leistungsgerechtigkeit und mehr Chancengleichheit in der Politik setzen. Uns soll der Hafenarbeiter in Rostock genau so wählen können wie die Studentin in Münster, der Bäckermeister in Passau oder die Unternehmerin in Halle.

Wenn ich hier im Mannheimer Rosengarten Ihre hoffnungsvollen Gesichter sehe und in all die Fernsehkameras schaue, also auch nach Halle zu meinem Mann heim, dann fällt mir ein schöner alter Schlager ein, dessen Refrain lautet: „I beg your pardon, I never promised you a rose garden“. Mit etwas übersetzerischer Freiheit, die ich mir von Berufs wegen herausnehmen darf, heißt das auf deutsch: Schatz, ICH hab Dir nie blühende Landschaften versprochen.

Mit schönen Worten und falschen Versprechungen sind in Deutschland nun wirklich keine Wahlen mehr zu gewinnen. Im Westen nicht und im Osten schon gar nicht, keine Landtagswahlen – und erst recht keine Wahlen im Bund. Wir Politiker

müssen uns vielmehr an den Gedanken gewöhnen, dass die Menschen von uns Bewerbern um die Macht im Staat keine Fernsehprogramme sondern Wahlprogramme erwarten, keine Talkshows, sondern die Wahrheit und nichts als die Wahrheit über das, was ist und das, was zu tun ist. In den vielen Zuschriften, die ich vor allem nach der Wahl in Sachsen-Anhalt bekommen habe, bemängeln die Menschen, dass die anderen Parteien gerade das noch nicht begriffen haben. Ein Blick in die Wahlprogramme der anderen macht deutlich: Bei der SPD heißt das Wahlprogramm Schröder, für den Fall das sonst nichts klappt.

Die Grünen gehen an den zentralen politischen Themen vorbei, sind inhaltsleer und staatsgläubig geworden. Sie haben in ihrer kurzen Regierungszeit so viele Kröten schlucken müssen, dass sie selbst dazu mutiert sind.

Das Programm der Grünen trägt den Namen Vierjahresprogramm und hat mich an sozialistische Fünf-Jahrespläne erinnert.

Ihre allgemeinen Bekenntnisse zur Steuersenkung sind eine Mogelpackung, mit der sie die Forderungen nach Reform der Erbschafts- und Schenkungsteuer kaschieren wollen. Die Wählerinnen und Wähler werden sie am 22. September damit nicht täuschen können.

Die CDU beharrt auf ihrem konservativen etatistischen Denken. Die PDS vertraut darauf, dass Vater Staat für alles sorgt.

Sie sind in Sachsen-Anhalt abgestraft worden. Ihre Subventionspolitik hat die Rote Laterne in Sachsen-Anhalt angezündet.

Das Wahlprogramm der FDP schießt nicht nach Einschaltquoten in Gute-Laune-Sendern, es ist eher Stoff für Phoenix oder einen arte-Themenabend über Deutschland in der Nacht. Ein Sanierungsprogramm nach vier Jahren Gerhard Schröder. Ein Pflichtprogramm für den Aufbruch aus dem rot-grünen Jammerthal. In eine Zukunft, in der der deutsche Bundeskanzler für die Zukunft Deutschlands kämpft und nicht für die Echtheit seiner Haarfarbe!

Um mit Ludwig Erhard zu sprechen: „Nicht als ob die Wirtschaft ein letzter Wert wäre, ist sie doch ein besonders sinnvoller Ausdruck der Gesinnung der Völker und der Regierungen in Bezug auf die Lebensform und das Lebensgefühl der Menschen.“

Dieser Satz enthält ein ganzes Wahlprogramm – der FDP. Denn die CDU traut Erhards ursozialer Marktwirtschaft heute offenbar so wenig zu, dass sie ihr für den Wahlkampf das Etikett „neu“ draufgepappt hat. Methode Gerhard Schröder also. Der etikettiert immer da, wohin er gerade seinen Standpunkt verlegt hat, die „neue“ Mitte.

Mit echter Sozialer Marktwirtschaft, mit den aktuellen Lebensformen und dem Lebensgefühl der Menschen im Erhardschen

Sinne hat die Wirtschaftspolitik der beiden großen Parteien lange nichts mehr zu tun. Und das haben inzwischen immer mehr Wähler gemerkt. Zuletzt in Sachsen-Anhalt und zwar genau 13,3 Prozent. Bald sind es 18. Bundesweit.

Herr Schröder, Sie haben 1998 als Bundeskanzler die Baustelle Deutschland betreten und sind auf bestem Wege, eine Ruine zu hinterlassen!

Schlechtestes Wirtschaftswachstum, größter Schuldenmeister, niedrigster Zuwachs an Jobs, wir sind das Schlußlicht in Europa! (Grafiken)

Die FDP will und wird es nicht länger mit ansehen, wie unser Land bei Wirtschaftswachstum und Bildungsniveau in Europa immer weiter auf die Abstiegsränge zurückfällt.

Deutschland braucht eine klare und ehrliche Politik, um in vielen Bereichen wieder an die Spitze zurückzukommen. Nur an der Spitze haben wir eine Chance, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Deutschland braucht einen kräftigen Modernisierungsschub.

Unser Bundestagswahlprogramm bietet intelligente Konzepte für die Modernisierung. Und unsere Partei bietet kluge Köpfe mit ausreichend Schubkraft.

Wie wollen wir schaffen, woran Rot-Grün kläglich gescheitert ist? Zuallererst, indem wir den unerträglich hohen Staatsanteil

in allen Bereichen unserer Gesellschaft auf das unbedingt erforderliche Minimum zurückschrauben. (Grafik Umverteilungsquote: Einkommenstransfers in % des BIP)

Deutschland braucht keine Staatswirtschaft, Deutschland braucht endlich wieder eine Soziale Marktwirtschaft, die diesen Namen verdient. In Deutschland hat sich der Staat ohne Not in zu viele Bereiche eingemischt. Und diese Einmischung ist unbezahlbar geworden. Deshalb nimmt er den Bürgern immer mehr Geld ab.

Wofür? Zum Beispiel für Wetterberichte. Ja, wirklich. Ein kleines Beispiel nur, aber ein typisches. Deutschland leistet sich neben anderem Subventions-Irrsinn einen millionenteuren staatlichen Wetterdienst, der auf Kosten des Steuerzahlers jeden privatwirtschaftlichen Wettbewerb auf diesem Gebiet durch Preisdumping platt machen darf. Und wenn sich dann ein ausgewachsener Orkan zusammenbraut und die privaten Laubfrösche längst in ihren Einmachgläsern randalieren, wird er von den Staatswetterkröten im Subventionssumpf glatt verpennt oder, wie vor kurzem, als frische Brise angekündigt. Frischen Wind braucht unser Land in der Tat – aber in Orkanstärke!

Warum erzähle ich das? Nicht, weil die FDP ein paar hundert Schönwetterbeamte in die Frühpension treiben möchte, son-

dem weil dieses kleine Beispiel für die Klimakatastrophe der deutschen Wirtschaft schlechthin steht.

Unser Staat leistet sich Apparate, die schon in besseren Zeiten fragwürdig und überteuert, aber wenigstens bezahlbar waren.

Und in schlechten Zeiten werden nicht etwa solche unnötigen Ausgaben gesenkt, sondern lieber die Steuern erhöht.

Und überhaupt hätten wir besser daran getan nach der Deutschen Einheit weniger Bürokratie dem Osten überzustülpen.

Im Osten gab es kein Ladenschlussgesetz.

Wir Liberalen wollen, dass diese Diskussion endlich einmal von der anderen Seite aus geführt wird. Es darf nicht länger um die Frage gehen, wie viel Steuern der Staat braucht, um seine Aufgaben zu finanzieren. Es muss endlich um die Frage gehen, welche angeblich staatlichen Aufgaben mit den vorhandenen Steuereinnahmen zu bezahlen sind. Denn wer will, dass Deutschland wieder an die Spitze kommt, der muss zuerst die Ausgaben und vor allem die Steuern senken.

Deshalb werden wir unseren Dreistufentarif mit 15, 25 und 35 % durchsetzen. Ein solches Steuersystem ist niedriger, einfacher und gerechter als das bisherige. Ein solches Steuersystem fördert Investitionen und schafft neue Arbeitsanreize. Ein solches Steuersystem entlastet Geringverdienende ebenso wie Unternehmen, den Mittelstand genauso wie Familien. Denn nur wenn wir Menschen deutlich von der Steuer entlasten, haben wir eine

Chance, dass Deutschland vom letzten Platz des Wirtschaftswachstums in Europa wieder nach vorne kommt. Und nur dann entstehen zusätzliche Arbeitsplätze.

Die Grünen wollen die Ökosteuer sozialverträglich erhöhen. Sie ist sozial ungerecht und gehört abgeschafft !

Steuersenkung alleine ist aber keine Garantie dafür, dass neue Arbeit geschaffen wird. Die Anreize zur Arbeitsaufnahme müssen verstärkt werden. Welchen Anreiz hat ein Sozialhilfeempfänger einen Job anzunehmen, wenn der Lohnabstand bei niedrigem Einkommen zu gering ist ?

Bürgergeld statt Kombilohn, eine teilweise Anrechnung von Erwerbseinkommen auf Sozialleistungen schafft diese Anreize !
Keine Subventionierung von Lohnnebenkosten, sondern die Anerkennung von Fleiß und Leistung !

Keine Leistung ohne Gegenleistung, nicht das Sozialamt, sondern der Leistungsempfänger soll seine Arbeitsunfähigkeit nachweisen ! Fleiß muss sich wieder lohnen !

Deshalb schlägt die FDP in ihrem Wahlprogramm ein Bündel von Maßnahmen vor :

- Senkung der Beiträge in die sozialen Sicherungssysteme
- weniger Bürokratie im Arbeitsrecht,
- mehr Beweglichkeit im Tarifvertragsrecht.

Wirtschaftsminister Müller sagte diese Woche zu den Streiks in der Metallindustrie, ob eine 3 oder 4 vor dem Komma steht, sollte in den Betrieben entschieden werden.

Dann tun Sie es doch Herr Müller ! Bei 85% Gewerkschaftlern in der SPD-BT-Fraktion ist das wohl unmöglich !

Voraussetzung dafür ist auch eine Senkung der Beiträge in die sozialen Sicherungssysteme.

Wir müssen die Probleme im Osten Deutschlands ernst nehmen. BK Schröder hat den Menschen viel versprochen und nichts gehalten. Die rot-grüne Wirtschafts- und Steuerpolitik hat nur noch mehr Arbeitsplätze vernichtet. Der Staatsminister für den Aufbau Ost ist in Vergessenheit geraten, so wohl auch die Probleme der Ostdeutschen. Das Tariftreugesetz wird die Chancengleichheit von ostdeutschen mittelständischen Unternehmen zunichte machen.

Herr Stoiber, Herr Schröder, wenn Ihnen der Aufbau Ost wichtig ist, verhindern Sie die Verabschiedung dieses Gesetzes am 31.Mai dieses Jahres im Bundesrat !

Die FDP setzt nicht erst mit dem Solidarpakt II auf Zukunftsinvestitionen im strukturschwachen Osten.

Das heißt für uns vor allem Vorrangfinanzierung für den Infrastrukturausbau und Stärkung der Wissenschaftslandschaft, eine bessere Vernetzung von Wissenschaft und Forschung.

Das erhöht die Produktivität und damit auch die Löhne und stoppt die Abwanderung und damit das Ausbluten ganzer Regionen im Osten.

Erstes Fazit: Die FDP ist die Partei der echten sozialen Marktwirtschaft. Die FDP bietet Ludwig Erhard Asyl. Die FDP hat von ihm gelernt mit Zahlen umzugehen.

Bei 4,3 Millionen Arbeitslosen ist die Schaffung von Arbeitsplätzen zu allererst eine soziale Frage.

Die FDP ist für Prozentsätze, die man sich leicht merken kann: 15, 25 oder 35 ans Finanzamt und 18 Prozent an der Wahlurne!

Bildung ist Bürgerrecht. Bildungsnotstand ist nationaler Notstand, nicht Ländersache. Die bisherige Bildungspolitik des Bundes und der Länder verletzt das Recht jedes deutschen Bürgers auf angemessene Bildungsmöglichkeiten.

Deutschland liegt bei den Bildungsausgaben unter dem OECD-Durchschnitt von 4T. US\$, Deutschland gibt gerade mal 3500 US\$ pro Bürger im Jahr aus. Statt sich an Banken und Unternehmen zu beteiligen, sollten Bund und Länder mehr in die Ausstattung deutscher Schulen und Hochschulen investieren.

Bildung ist der wertvollste Rohstoff unserer Gesellschaft. Aber das Land der Dichter und Denker verlernt nach und nach einfachste Kulturtechniken wie Lesen und Schreiben.(Grafik)

Wir verleihen einigen wenigen in unserem Lande alljährlich Büchnerpreise, Goetheplaketten und jede Menge Poetentaler, ja wir können sogar einen lebenden Literaturnobelpreisträger vorweisen. Aber die PISA-Studie spricht eine ganz andere Sprache und hat uns glatt die Sprache verschlagen. Wir Deutschen stehen da als europäisches Entwicklungsland, in das vermutlich bald Missionare aus Finnland geschickt werden. (Grafik: Lesekompetenz)

Es ist schon bezeichnend, dass die Grünen ausgerechnet das Thema Bildung noch nicht einmal zu einem ihrer Wahlkampfthemen erkoren haben.

Bei den 8 Punkten, die im Zentrum der nächsten Legislaturperiode stehen sollen, ist Bildung überhaupt nicht benannt, dafür aber „Die Hälfte der Macht für Frauen“ und „Gesundes Essen“ !

Ich zum Beispiel im Wahlprogramm der SPD: „Deutschlands Bildungsinstitutionen waren lange vorbildlich und sind immer noch leistungsfähig.“

„Waren lange“, „sind immer noch“! Wer zwischen den Zeilen lesen kann, liest ihn heraus, den bildungspolitischen Offenbarungseid.

Nein Herr Schröder, unsere Bildungsinstitutionen sind weder vorbildlich noch leistungsfähig, sondern unterfinanziert, überverwaltet und alles andere als wettbewerbsfähig !

Ihre Fachministerin hat in dreieinhalb Jahren statt richtungsweisender Konzepte nur halbherzige Reförmchen hervorgebracht. Darum wird in ihrem Abschlusszeugnis stehen: Edelgard war stets bemüht, in der Klasse nicht weiter aufzufallen. Ihre Leistungen sind ungenügend, die Versetzung wird abgelehnt.

Die Ereignisse vom Gutenberg Gymnasium in Erfurt lassen sich nicht mit „Schnellschüssen“ und Gesetzesänderungen bewältigen. Das Problem geht tiefer.

In welchem Zustand befindet sich unser Wertesystem, wenn Bildung und Erziehung unserer Kinder so versagen ?

Wir legen Wert auf fachliche Leistung, messen aber viel zu wenig Bedeutung der Vermittlung sozialer Kompetenzen zu, die einen jungen Menschen zum selbstständigen und toleranten Handeln befähigen. Welche Rolle spielt die Vermittlung von humanistischen Werten wie die Achtung der Menschenwürde in der heutigen Mediengesellschaft?

Die Erfurter Ereignisse offenbaren den größten Mangel unserer Bildungssysteme. Wir stopfen in die Köpfe unserer Kinder Berge von Wissen, das später nicht einmal ausreicht, um bei Günther Jauch die 500 EURO-Frage zu beantworten.

Aber wir fördern bei unserem Nachwuchs nicht die soziale und emotionale Intelligenz.

Gewaltprävention bedeutet zuallererst, dass wir unseren Kindern das Einmaleins der Mitmenschlichkeit und Toleranz beibringen. Denn das ist der Kompass für ihr ganzes Leben .

Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts !

Damit unsere Bildungseinrichtungen besser werden können, will ihnen die FDP mehr Gestaltungsspielraum in finanzieller, personeller und pädagogischer Hinsicht geben :kleinere Klassen, ausreichend Lehrer, mehr Eigenständigkeit für Schulen.

Im Bezug auf unsere Schulen muss das Leitmotiv gelten: In Köpfe investieren! Derzeit verlassen pro Jahr circa 87.000 Schüler, also 9 Prozent eines Jahrganges, die Schule ohne Abschluss. 9 Prozent, die in ein Leben ohne Perspektive fallen wie in ein schwarzes Loch. 9 Prozent, für die wir diese Bundesregierung genauso in die Verantwortung nehmen wie für über 4 Millionen Arbeitslose. 9 Prozent, in denen sich Gefühle von Frustration, Ausgrenzung und Minderwertigkeit aufstauen, über Jahre hinweg, mitunter ein Leben lang, in manchen Fällen auch mit tödlichem Drang nach Entladung und Rache.

Alte Zöpfe gehören abgeschnitten.

Unsere Kinder sollen künftig schon mit fünf Jahren eingeschult werden können, und das 13. Schuljahr muss endlich bundesweit der Vergangenheit angehören. Wenn man zusammenzählt, wie viel Unterricht an deutschen Schulen in zwölf Jahren ausfällt, dann müssen unsere Gymnasiasten im Grunde fast das ganze 13. Schuljahr die verlorene Zeit nachsitzen und so für Versäumnisse büßen, die nicht ihre Schuld sind.

Die Kultusministerkonferenz hat das jedenfalls nicht geschafft. Die Qualitätsstandards an deutschen Schulen sind sehr unterschiedlich, aber internationale Studien beweisen, sie sind eher ein Armutszeugnis für Deutschland .

Wir brauchen bundesweite Standards, mehr Eigenverantwortung, mehr Wettbewerb und wir brauchen keine Kultusministerkonferenz ! Für unser Bildungssystem wäre es besser, wenn die Reisekosten der Kultusminister direkt in die Schulen investiert würden.

Und was wir derzeit mit der Schullaufbahn anlegen, wird an unseren Hochschulen fortgesetzt. 28,5 Jahre alt ist ein deutscher Absolvent im Durchschnitt. Ganze fünf Jahre älter als seine europäischen Kollegen. Und: sowohl in der Lehre als auch in der Forschung zählt Deutschland alles andere als zur Weltspitze. Deutsche Universitäten produzieren wettbewerbsunfähige Frührentner – zu alt für die Wirtschaft und zu jung für einen Pflegeplatz im Seniorenheim.

Das Leitbild von uns Liberalen lautet: Eine wettbewerbsfähige Hochschule ist international, unabhängig, wirtschaftlich und profiliert. Nur wenn wir die zentralistischen und bürokratischen Strukturen unseres jetzigen Hochschulwesens überwinden, kann dieses Leitbild verwirklicht werden. Derzeit gilt: Qualität in der Lehre rechnet sich nicht. Die ZVS verteilt die Hochschulplätze an die Studierenden und die Studierenden an die Hochschulen. Das ist Unsinn. Die ZVS ist abzuschaffen. Baden-Württemberg und Hessen sind hier beispielgebend.

Bildungsgutscheine sind die Alternative. Sie verkörpern für jeden Studierenden das Recht auf Bildung und können an der Hochschule seiner Wahl eingelöst werden. Die bundesweite Einführung von Bildungsgutscheinen sichert den Hochschulen eine leistungsgerechte Vergütung. Sie ermöglichen jedem Studierenden, einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss unabhängig vom Einkommen der Eltern zu erzielen. Das garantiert Chancengleichheit.

Daher wollen wir Liberalen die Ausgaben für Bildung und Forschung in den öffentlichen Haushalten erhöhen. Investitionen in Bildung und Forschung sind Investitionen in die Zukunft Deutschlands. Ein Kanzler, der hier spart, hat keine Zukunft.

Weiteres Fazit: Die FDP ist die Zukunftspartei Deutschlands. Die FDP wird aus unseren Schulen und Universitäten wieder

Zukunftswerkstätten machen. Die FDP wird den Bildungsstandort Deutschland wieder an die Spitze führen. Und mir liegen aktuelle Forschungsergebnisse vor, was wir dafür brauchen: wir brauchen 18 Prozent!

SPD und Grüne haben den Familien vollmundige Versprechungen gemacht. Die Realität der rot-grünen Politik aber sieht ganz anders aus. Die Bundesregierung macht eine Politik, die den Familien nicht nützt sondern schadet. „Aber nicht doch“, höre ich Rot/Grün schon wieder rufen, „wir haben doch das Kindergeld erhöht!“ Jede Mark, die diese Bundesregierung den Familien zuwendet, zieht sie ihnen auf der anderen Seite wieder aus der Tasche: Steuererhöhungen, die Ökosteuer, Streichung des Haushaltsfreibetrags für Alleinerziehende, durch den Wegfall des Ausbildungsfreibetrags für Kinder, die auswärts studieren, durch den Wegfall der Möglichkeit der kostengünstigen Beschäftigung von Haushaltshilfen. Wenn man das alles zusammen rechnet, dann zahlen die Familien am Ende drauf.

Auch der Deutsche Familienverband stellt der Bundesregierung ein schlechtes Zeugnis aus. Steuerreform familienfeindlich, Rentenreform familienfeindlich, hohe Verbrauchssteuern familienfeindlich, das ist das vernichtende Urteil von denen, die betroffen sind. Familien mit vielen Kindern und Alleinerziehende sind die Verlierer der rot-grünen Politik. Gibt es überhaupt

glückliche Gewinner? Ich bitte um Zuschriften und werde sie bei nächster Gelegenheit gerne verlesen!

Von zentraler Bedeutung für eine moderne Familienpolitik ist die grundlegende Vereinfachung des Steuersystems mit spürbarer und gezielter Entlastung von Familien. Dazu gehört, dass Kinderbetreuung flächendeckend den Anforderungen der Eltern und Kinder entsprechend angeboten werden muss.

Die FDP will, dass Kinder steuerrechtlich zu Erwachsenen gemacht werden: wir fordern zur Sicherung des Existenzminimums für Familien einen einheitlichen steuerlichen Grundfreibetrag von 7.500 Euro für jeden Erwachsenen und für jedes Kind. Bei Familien, die von der Steuerentlastung nicht profitieren, muss das Kindergeld entsprechend angepasst werden. Nicht zuletzt ist die Ökosteuer abzuschaffen, weil sie die Familien besonders hart trifft.

Denn die Ökosteuer bestraft Mobilität. Die viel beschworene Vereinbarkeit von Beruf und Familie aber setzt eine allgemeine Mobilmachung der Familien voraus. Wer Familie und Beruf unter einen Hut bringen will, der ist eben darauf angewiesen, die Kinder morgens in die Schule bringen zu können oder am Wochenende zum Fußball. Da kann man nicht morgens eine Stunde auf den Bus warten, bloß weil man das Pech hat, draußen auf dem Land zu wohnen.

Darüber hinaus wollen wir das Betreuungsangebot für Kinder erheblich erweitern. Männer und Frauen sollen sich dafür entscheiden können, Kinder zu haben und Karriere zu machen.

Aber wie ist die Situation in Deutschland? Mit einem Wort: katastrophal. Deutschland hinkt den europäischen Nachbarn hinterher – in allen Altersgruppen. Besonders in Westdeutschland deckt das Betreuungsangebot nicht annähernd die Nachfrage.

Drittes Fazit: Kinder sind unsere Zukunft. Die Zukunftspartei FDP kämpft dafür, dass Kinder und Familien eine Perspektive haben, für die es sich zu leben lohnt. Die FDP wird Familien spürbar entlasten und sie nicht hintenrum wieder ausplündern. Die liberale Großfamilie FDP hat an Deutschlands Mütter und Väter nur einen Wunsch: gebt uns am 22. September - na, Sie wissen schon!

Ich habe mir mal das Wahlprogramm der Grünen zum Thema Innen- und Rechtspolitik angeschaut. Dünn. Sehr dünn. Ganze drei Seiten! Die Partei der rechtsstaatlichen Defensive bietet in Zeiten wie diesen zum Thema Recht und Ordnung ganze drei Seiten! Na gut, in der Opposition werden sie bald viel Zeit für Programmarbeit haben. Jetzt sind die Obergrünen zu sehr damit beschäftigt, ihrer Basis zu erklären, was aus dem letzten Wahlprogramm geworden ist. Es liegt im Reißwolf des Vizekanzlers.

Freiheit ohne Sicherheit ist keine Freiheit. Daher bedeutet Liberalismus im Zusammenhang mit Innerer Sicherheit nicht Gleichgültigkeit, sondern Freiheit in Sicherheit und Freiheit durch Sicherheit.

Die FDP nimmt die Herausforderung durch den internationalen Terrorismus ernst. Aber wir lehnen Gesetzgebungsaktionismus als traditionelle Reaktion der Politik ab – auch bei besonders spektakulären Verletzungen der inneren Sicherheit. Der Maßstab für Gesetze müssen immer die Grundrechte sein, sowie die Kriterien der Eignung, Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit.

Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung darf nicht genau der „gläserne Bürger“ geschaffen werden, der schon einmal als Gespenst in Deutschland umging und erst in allerletzter Minute verhindert werden konnte. Damals saß Otto Schily noch nicht auf dem hohen Ross seiner Reiterstaffel. Aber wie sagt doch der Dichter F.W. Bernstein so treffend: Die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selber welche.

Unser Land braucht mehr Bürgermacht. Durch die Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Unternehmen wollen wir den Einfluss der Parteien einschränken, denn weniger Staatseigentum bedeutet weniger Einfluss der Parteien. Damit verlieren dann auch zahlreiche Interessensverbände die Möglichkeit poli-

tischer Einflussnahme. Dem Vorwurf der Selbstbedienung wollen wir durch die Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Festlegung der Abgeordnetenbezüge begegnen.

Viertes Fazit: Ohne FDP gibt es für Deutschland weniger Freiheit und Sicherheit und immer mehr Bürokratie. Wir entlüften Deutschlands Amtsstuben. Wir sorgen für mehr Freiheit und Sicherheit. Wie viel mehr? Mindestens 18 Prozent!

Eine Gesellschaft im Aufbruch darf nicht alltäglich im Verkehrsstau stecken bleiben. Deshalb will die FDP eine Offensive für mehr Beweglichkeit. Liberale wollen Chancengleichheit durch eine mobile Gesellschaft. Wer zu seinem Arbeitsplatz täglich oder gar wöchentlich pendelt und damit persönliche Mobilität unter Beweis stellt, der braucht eine mobilitätsfördernde Verkehrspolitik, die Dauerstau nicht als Dauerproblem akzeptiert.

Deshalb muss endlich eine Wende her! Und das geht nur mit uns Liberalen. Denn wir stehen für eine neue Verkehrspolitik. Eine Verkehrspolitik, die die Mobilität von Menschen und Gütern als Voraussetzung des wirtschaftlichen Wohlstands betrachtet und entsprechend sichert.

Eine mobile Gesellschaft braucht alle Verkehrsträger und muss offen sein für neue Entwicklungen und moderne Technologien. Alle Verkehrsträger müssen die Chance haben, in einem fairen

Wettbewerb zu bestehen: durch die Trennung von Netz und Betrieb bei der Bahn, durch die Beseitigung unnötiger Benachteiligungen für das Auto.

Fünftes Fazit: Die FDP macht dem Stillstand ein Ende und setzt sich an die Spitze der Bewegung. Die FDP macht dem Fortschritt den Weg frei – egal ob zu Wasser, zu Lande oder in der Luft. Und der Steigungswinkel auf unserem Weg nach oben beträgt – na, wieviel? Genau: 18 Prozent!

Die FDP steht wie keine andere Partei für außenpolitische Verantwortung. Keine andere Partei in Deutschland kann auf vergleichbare Erfolge in der Außenpolitik zurück blicken. Und keine andere Partei kann dafür sorgen, dass sich diese Erfolge auch in Zukunft wieder einstellen werden. Liberale Außenpolitik steht in der Tradition von Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel. Entspannung und Ostverträge, Deutsche Einigung und Europäische Integration – das sind die großen historischen Leistungen liberaler Außenpolitik.

Die Westintegration, die Ostpolitik der Liberalen waren Voraussetzungen für die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit.

Die Herausforderungen sind andere geworden, die Themen sind dieselben: Frieden, Sicherheit und Wohlstand für alle in einer freien Welt. Das ist Ziel liberaler Außenpolitik.

Außen- und Europapolitik sind zu wichtig für innenpolitische Schaukämpfe. Denn die Europäische Integration, transatlantische Beziehungen, die Globalisierung, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus sind für die Zukunft unseres Landes von entscheidender Bedeutung.

Die Politik der Bundesregierung aber sieht anders aus: Der Bundeskanzler und sein Außenminister betreiben europäische Politik eher theoretisch und ohne Herzblut. Fischer ergeht sich in philosophischen Visionen über die Zukunft Europas. Er hat die grünen Identitätsthemen wie Pazifismus und Menschenrechte verraten. Großkotzig war er in der Opposition, kleinlaut ist er in der Regierung in Sachen Menschenrechte. Der Armani Anzug und die Weste verdecken alles.

Und der Bundeskanzler poltert durch Europa.

Gerhard Schröder versucht die Misserfolge seiner Politik hinter Kritik an der EU-Kommission zu verbergen.

Deutschland aber ist zum Bremsklotz der europäischen Integration geworden. Kein Wunder, dass Schröder seinem Außenminister die Verantwortung für die Europapolitik am liebsten ganz entziehen möchte.

Deutschland muss seiner Verantwortung gerecht werden: Deutschland muss wieder eine führende Rolle übernehmen bei der Weiterentwicklung der Europäischen Integration. Nicht Bremser, sondern Motor, nicht Rambo in Brüssel, sondern verlässlicher und konstruktiver Partner – das muss die Rolle Deutschlands in Europa sein. Dafür steht die FDP, dafür steht liberale Außen- und Europapolitik.

Die Politik der Gewalt im Nahen Osten muss unverzüglich beendet werden. An ihre Stelle muss eine Politik der ausgestreckten Hand treten, damit ein friedliches, gleichberechtigtes Nebeneinander zweier unabhängiger Staaten Israel und Palästina möglich wird.

Wir bekennen uns ausdrücklich wie die gesamte Europäische Union dazu, dass dem Staat Israel und seinen Bürgern ein gesichertes Existenzrecht in anerkannten Grenzen garantiert sein muss. Darum verurteilen wir die terroristischen Anschläge, die kein Mittel der Politik sein dürfen. Ein eigener palästinensischer Staat muss möglichst schnell Wirklichkeit werden.

Als verlässlicher Bündnispartner braucht Deutschland eine bündnisfähige Bundeswehr. Aber wir brauchen in Deutschland keine Wehrpflicht mehr. Wir brauchen eine Profiarmee, die den neuen Anforderungen standhalten kann. Deutschland braucht

eine hochmotivierte, topp ausgebildete und mit modernster Bewaffnung ausgerüstete Bundeswehr.

Die rot-grüne Bundesregierung aber hat die Bundeswehr völlig herunter gewirtschaftet. Deutschland leistet sich als Verteidigungsminister einen Bademeister, den niemand mehr ernst nimmt – die Soldaten nicht, die Menschen in Deutschland nicht, die Bündnispartner nicht. Nun ist es mir immer noch lieber, wenn das Erscheinungsbild des deutschen Militärs und seiner Führung die Welt zum Lachen bringt als zum Weinen. Aber, verzeihen Sie mir bitte die kleine Anleihe aus dem Kasinojargon: Wer mit den großen Hunden pinkeln gehen will, der sollte sicher sein, dass er das Bein hochkriegt.

Deutschland hat seinen Platz in Europa. Europa ist unsere Antwort auf die internationalen Herausforderungen. Aber nur wenn Europa in der Lage ist, seinen Beitrag für Stabilität und Sicherheit zu leisten, wird seine Stimme auch Gehör finden. Eine Verfassung für Europa und die Vollendung der europäischen Vereinigung sind für die FDP daher zentrale Aufgaben der nächsten Jahre. Eine Verfassung, die vom Volke abgestimmt werden sollte.

Sechstes und letztes Fazit: Nur mit der FDP bekommt Deutschland wieder eine Regierung, die im Ausland das nötige Ansehen genießt, um die deutschen Interessen gut und angemessen

zu vertreten. Nur mit der FDP kommt Deutschland wieder ganz nach vorn. Und dafür brauchen wir nur 4,7 Prozent mehr als wir in Sachsen-Anhalt schon haben.

Was Deutschland aber vor allem braucht ist eine neue Dynamik in der Politik. Die Bürger in Deutschland erwarten, dass die Politik endlich die notwendigen Schritte macht und endlich handelt!

Leistung muss sich wieder lohnen, ob in Schule oder Betrieb. Mehr Leistungsgerechtigkeit bedeutet aber auch mehr soziale Gerechtigkeit!

Jeder hat ein Recht auf seine Chancen! Chancengerechtigkeit gehört für uns zum liberalen Credo!

Mehr Leistungsgerechtigkeit, mehr Chancengleichheit, mehr Dynamik – das sind die Grundpfeiler, auf denen unser Wahlprogramm steht.

Ein Bürgerprogramm der FDP!

Deshalb dieses Mal 18% FDP. Wir sind bereit zur Verantwortung!